

# Personalnot in der Landespolizei

Kurz vor Weihnachten veröffentlichte die AG Stellenverteilung (wir berichteten im Polizeispiegel) die Ergebnisse ihrer Berechnungen. Die Ergebnisse sind bekannt und im Intranet nachlesbar.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Behörden und der Hauptpersonalrat sind aufgefordert, bis Mitte Februar Stellungnahmen abzugeben. Man wird sich allenorten intensiv noch einmal mit den Berechnungen und den dort zugrunde gelegten Annahmen beschäftigen und diese im Einzelfall sicher auch streitig diskutieren. Hierdurch kann es noch zu Veränderungen des Zahlenmaterials kommen.

Fakt ist aber, dass an der Tendenz des Ergebnisses wohl nicht zu rütteln sein wird. Allerdings muss man in aller Deutlichkeit sagen, dass hier keine Personalbedarfsberechnung vorgenommen wurde, sondern lediglich eine relative Berechnung. Keine einzige Direktion im Lande hat „zuviel“ Personal. Auch bei den Direktionen, die nach den Berechnungen Personal abzugeben hätten, wird am Limit gearbeitet.

Jedoch ist es unstreitig, dass besonders bei den drei Direktionen, die einen erheblichen Fehl-

bedarf attestiert bekommen haben (Segeberg, Neumünster, Husum), bereits kurzfristig in einer ersten Rate Abhilfe geschaffen werden muss.

Dadurch ist aber die Polizeiführung und letztlich die Landesregierung nicht aus der Pflicht genommen, die Ergebnisse der AG Stellenverteilung sorgfältig zu prüfen und Schlüsse daraus zu ziehen.

Der von der AG berechnete Fehlbedarf kann aber keineswegs nur durch Umverteilung zwischen den Flächendirektio-

stellen liegt bei landesweit über zwölf Prozent (467 LPA, 26 IM, 190 Stabsstellen der PDen). Da sind die Geschäftszimmer und Führungsstäbe der nachgeordneten Dienststellen noch gar nicht einbezogen.

Auch die 620 Planstellen in der PD AFB werden betrachtet werden müssen. Können insbesondere im Bereich der Aus- und Fortbildung Arbeitsabläufe verschlankt werden, setzen dort gegebenenfalls organisatorische Veränderungen Personal für die Fläche frei?

der zu leistenden Nachtdienste. Bis zu sieben Nachtdienste im Monat je Mitarbeiter sollen demnach künftig der Standard sein, der gesundheitlich noch vertretbar sein soll. Danach wird berechnet. Eine derartige schlanke Betrachtungsweise als Unterpunkt in einer AG Stellenverteilung ist aus Sicht der DPoLG unangemessen und wird dem komplexen Problem der Gesundheitsschädlichkeit von Wechseldienst nicht ansatzweise gerecht. Eine solche schlicht-mathematische Betrachtung lässt wesentliche Faktoren, zum



Foto: F. Knauer, pixelio.de

nen erreicht werden. Ein derart stark ländlich geprägter Bereich wie in der PD Itzehoe wäre mit der Umsetzung überfordert. Jegliche gewachsenen polizeilichen Strukturen des ländlichen Dienstes würden in Frage gestellt.

Erneut muss man die Frage stellen, ob der Anteil der Stabsarbeit im Vergleich zum operativen Dienst angemessen ist. Die Zahlen wurden ja nicht näher betrachtet, sondern als gegeben hingenommen. Fast jede zehnte Planstelle der Schutzpolizei ist im LPA. Die Quote der reinen Stabsplan-

Aber schon bei erster Betrachtung der relevanten Berechnungskriterien sind diverse Wespennester offenbar.

Warum können derart relevante Daten wie die Einsatzbelastungsdaten der Regionalleitstellen und die Zahl der bearbeiteten Verkehrsstraftaten inklusive der Unfallfluchten nicht verwertet werden? Die AG sagt, weil die Daten nicht valide sind. Haben wir da ein Problem mit der Datenqualität im Lande?

Ein weiteres Feld ist die von der AG vorgenommene Festlegung eines Standards bei der Anzahl

Beispiel die tatsächliche Arbeitsbelastung in den Diensten und die Frage von Altersstrukturen in den Dienststellen, komplett außer Acht.

An diesen Beispielen ist schon erkennbar, dass es 2012 noch einen langen Diskussionsprozess über die Ergebnisse der AG Stellenverteilung und den richtigen Weg zu mehr Gerechtigkeit in der Arbeitsbelastung geben wird. Ein erster Schritt für die am stärksten belasteten Direktionen muss aber 2012 gegangen werden.

*Torsten Gronau*

## Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 04 51/49 15 97  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. (04 31) 2 10 96 62  
Fax (04 31) 5 19 22 21

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
ISSN 0937-4841

# Landesvorstand zum Meinungsaustausch bei der CDU-Landtagsfraktion

Zu einem Meinungsaustausch mit dem Fraktionsarbeitskreis (FAK) „Innen und Recht“ der CDU-Landtagsfraktion traf sich der DPoIG-Landesvorstand, vertreten durch Torsten Gronau, Jochen Einfeldt, Frank Hesse und Thomas Nommensen, am 30. November 2011 im Landeshaus.

Für den FAK der CDU waren der Vorsitzende Werner Kalinka, die Mitglieder Astrid Damerow, Barbara Ostmeier, Petra Nicolaisen, Dr. Michael von Abercron sowie der Referent Momme Jacobsen anwesend.

In guter und sachlicher Atmosphäre wurden zahlreiche Themen besprochen, die die Landespolizei sowie ihre Beamtinnen und Beamten derzeit beschäftigen. Hierbei konnte in manchen Punkten eine Übereinstimmung in den Positionen von beiden Seiten festgestellt werden.

Im Hinblick auf die auch in den Medien kurz zuvor diskutierte Aussage, die Polizei sei personell „am Limit“ beziehungsweise am Rande der Arbeitsfähigkeit, gab der DPoIG-Landesvorsitzende Torsten Gronau zur Kenntnis, dass dieses nach Meinung der DPoIG grundsätzlich zutreffend sei. Der Personalkörper sei derart ausgeblutet, dass die Politik dringend gefordert sei, endlich konkret zu benennen, welche Aufgaben zukünftig nicht mehr zu den Kernaufgaben der Landespolizei gehören sollen. Das so genannte Umsteuerungspotenzial von 100 Stellen führe zu keiner nennenswerten Entlastung. Und die Auflösung von Polizei-Bigband sowie die Streichung der Polizeishows in Kiel und Neumünster reichen bei weitem nicht aus.

Torsten Gronau stellte in seinen Ausführungen weiterhin fest, dass die zum 1. Januar 2012 geplanten 650 Beförderungen als „gut und nötig“ empfunden werden. Jedoch gäbe es beim Thema Beförderungen noch einen erheblichen Nachhol- und Nachbesserungsbedarf. So sei hinsichtlich der Beförderungen zum PHM+Zulage festzustellen, dass diese für Kollegen/-innen, die über 50 Jahre alt sind, als Motivation wichtig sind. Es muss realistisch und absehbar sein, die Amtszulage auch wirklich erhalten zu können.

Darüber hinaus sei ein erheblicher Beförderungsstau im gehobenen Dienst im Bereich der

sache“ seien. Allein durch die Koordinierung auf Direktionsebene sei eine landeseinheitliche Handhabung im Beförderungswesen mittlerweile gar nicht mehr erkennbar. Gerade im Bereich der Beförderungen zum PHM+Zulage entstünden hier große Ungerechtigkeiten zwischen den Direktionen. MdL Kalinka zeigte sich überrascht von dem Umstand, dass die Koordinierung nicht landesweit durchgeführt wird und äußerte, an dem Thema dran bleiben zu wollen.

Zudem sei nach Meinung des Landesvorstandes immer deutlicher erkennbar, dass sich auch das Beurteilungswesen als „Motivationskiller“ für die Kol-

Nach Aussage von Torsten Gronau wurde als weiterhin vorrangliches Thema die Erhöhung der Wechselschichtzulage sowie Erschwerniszulagen genannt. Die den Polizeibeamten/-innen des Landes immer noch viel zu niedrigen gezahlten Zulagen müssten dringend angepasst werden an das, was für den belastenden und ungesunden Dienst auf der Straße bei Tag und Nacht angemessen und mit Blick auf andere Berufsgruppen angebracht wäre. Auch hier zeigten sich die Mitglieder des FAK der CDU-Landtagsfraktionen offen für eine konkrete Herangehensweise an das Thema.

MdL Kalinka gab diesbezüglich zwar zu bedenken, dass es eine Regelung gäbe, nach der Beamte über 57 Jahre keinen Nachtdienst mehr versehen müssten, jedoch – so ergänzte Jochen Einfeldt – sei diese Regelung nicht verlässlich und landesweit durchsetzbar. Immerhin sei das nicht gesetzlich festgeschrieben und aufgrund der fortschreitenden Überalterung der Mitarbeiterschaft in der Landespolizei sei es ohnehin als unrealistisch anzusehen, dass man zukünftig darauf pochen kann.

Breiten Raum in der Diskussion zwischen dem Landesvorstand der DPoIG und dem FAK der CDU nahm das Thema Sicherheitsabgabe bei kommerziellen Veranstaltungen ein. MdL Kalinka zeigte sich überzeugt davon, dass es erforderlich und angemessen sei, zukünftig beispielsweise bei Fußballspielen, wo eine große Anzahl von Polizeibeamten die Sicherheit zu gewährleisten habe, einen geringen Teil der Kosten für die Eintrittskarte dem Polizeihaushalt zukommen zu lassen. Diese Gelder sollten für den Aufbau einer



Fotos: CDU/Landtag

Besoldungsgruppen A 10/A 11 festzustellen. Polizeibeamte/-innen, die beispielsweise durch ein mehrjähriges Studium an der FHVD in Altenholz den Aufstieg aus dem mittleren Dienst auf sich genommen haben, könnten nicht mehrheitlich beim Polizeioberkommissar „hängen“ bleiben, sondern müssten vielmehr eine realistische Chance zur Erreichung der Besoldungsgruppe A 11 vor Augen haben können.

Frank Hesse ergänzte, dass sich in zunehmenden Maß abzeichnet, wie sehr Beförderungen im mittleren Dienst „reine Glück-

leginnen und Kollegen im Land erweist, da es ohnehin kaum noch etwas mit dem Abbild von dienstlicher Leistung zu tun hat.

Nach Meinung der DPoIG braucht die Landespolizei dringend ein neues Laufbahnverlaufsmodell, was einerseits eine Verlässlichkeit im Hinblick auf die Karriereplanung beinhaltet, andererseits aber eine erkennbare Leistungskomponente bietet, die ihren Namen auch verdient. Die Bundespolizei sowie die Polizei Hamburg seien hinsichtlich eines solchen Laufbahnverlaufsmodells als vorbildlich zu nennen.



zweiten Einsatzhundertschaft der PD AFB verwendet werden. Beide Forderungen, die nach Aussage von Torsten Gronau seit langem Position der DPoLG sind, würden – so Kalinka – mittlerweile auch von Innenminister Schlie gestützt.

Im Hinblick auf die Sachausstattung der Landespolizei sei nach Aussage von Torsten Gronau Positives wie Negatives zu vermerken. So sei die mittlerweile durchgängige Ausstattung der Mitarbeiterschaft mit ballistischen Schutzwesten, die Einführung der neuen Dienstpistole und auch die weitgehend pro-

blemlos funktionierende Reinvestition der Hardware im IT-Bereich als positiv zu benennen.

Als nicht akzeptabel müsste jedoch die nach wie vor mangelhafte Ausstattung der Dienststellen mit DSL-Datenleitungen bezeichnet werden. Wer beispielsweise für alltägliche Ermittlungsvorgänge im Internet recherchieren müsse, scheitere regelmäßig an zu langsamen Internetverbindungen oder gesperrten Anwendungen auf den Dienstrechnern. Darüber hinaus sei eine Datenträgersicherung oder -sicherung für Ermittlungszwecke auf kaum einer Schutz-

polizeidienststelle im Land möglich. Dieses vom Landesvorstand geschilderte Problem wurde vom FAK der CDU als vordringlich erkannt.

Die mit der Abkehr vom Leasingprinzip für die Dienstkraftfahrzeuge nach Auffassung der DPoLG einhergehende Gefahr der Überalterung von jetzt gekauften Streifenwagen konnte den Mitgliedern des FAK der CDU ebenfalls veranschaulicht werden.

Als weiteren Punkt thematisierte Torsten Gronau schließlich die Rechtsschutzrichtlinien des Lan-

des, die er als unzureichend bezeichnete. Wer Opfer eines Widerstandes geworden ist und zugleich vom Beschuldigten mit einer Strafanzeige überzogen wird, müsste selbstverständlich vom Land Rechtsschutz bekommen. Und da die Unschuldsvermutung auch für Polizeibeamte gilt, sei die in solchen und vergleichbaren Fällen fast reflexartige Einleitung eines Disziplinarverfahrens (inklusive der sofortigen negativen Folgen für den Beamten) nicht akzeptabel.

Thomas Nommensen

## Castor 2011 – auch mal aus journalistischer Sicht

Im November letzten Jahres war es wieder soweit – der (fast) alljährliche Transport von abgebrannten Kernbrennstäben aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague ins so genannte „Zwischenlager“ Gorleben im niedersächsischen Wendland wurde durchgeführt. Allein auf deutschem Hoheitsgebiet waren etwa 20 000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Länder (hiervon über 400 aus Schleswig-Holstein) sowie der Bundespolizei zur Sicherung des Transportes auf Schiene und Straße von Nöten.

Wer nun im Vorwege die politische Diskussion zum Thema „Kernenergie“ der letzten Jahre verfolgt hat, konnte sich verwundert die Augen reiben, in welcher rasanter Geschwindigkeit die Bundesregierung nach dem Atomunfall im japanischen Fukushima Anfang 2011 den völlig unerwarteten Atomausstieg beschloss.

Schon keimte die Hoffnung manch politisch Verantwortlicher (aber auch von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten)



Fotos: Zitzow/BILD

auf, dass angesichts des Atomausstiegs bei dem jetzt anstehenden Castor-Transport nach Gorleben möglicherweise mit weniger Protesten der Anti-AKW-Bewegung zu rechnen sei. Immerhin war jetzt unerwartet das eingetreten, wofür man jahrzehntelang gekämpft hatte.

Diese Hoffnung wurde jäh enttäuscht! Die teils außerordentlich gewalttätigen Proteste und Blockaden, die den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen im Wendland, aber auch auf dem vorgelagerten Schienentransport durch Deutschland entgegen schlugen, waren nach Meinung vieler castorerfahre-

ner Polizeibeamter heftiger sowie mancherorts rücksichtsloser und hinterhältiger als je zuvor.

Nach Ende des Castor-Transportes 2011, den die Anti-AKW-Bewegung als den „längsten Transport aller Zeiten“ feierte und der auch deshalb Millionen von Euro an Steuergeldern verschlang, musste die Einsatzleitung bilanzieren, dass insgesamt 133 Polizeibeamte/-innen verletzt wurden – 34 davon bei den schleswig-holsteinischen Einsatzkräften. 73 Kollegen/-innen wurden durch so genannte „Einwirkung von Störern“ verletzt.

Nun traf es sich so, dass zum Ende des Atommülltransportes nach Gorleben ausgerechnet der Bundesparteitag von „Bündnis 90/Die Grünen“ in Kiel stattfand, einer Partei also, die sich als „Speerspitze“ der Anti-AKW-Bewegung versteht und immer wieder so positioniert hat.

Die streitbare Bundesvorsitzende Claudia Roth sah sich in ihren Reden und sonstigen Verlautbarungen nicht nur veranlasst, die Delegierten dazu aufzurufen, nach Abschluss des Parteitages direkt ins Wendland zu fahren, um an den Protesten und Blockaden teilzunehmen. Vielmehr ließ sie sich dazu hinreißen, den Einsatzkräften der Polizei sogar „absolut überzogenes Vorgehen“ vorzuwerfen, das ihrer Meinung nach einen „Anschlag auf die Demokratie“ darstellen würde.

Die Antwort des DPoLG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt war eine Forderung nach dem Rücktritt von Frau Roth als Grünen-Bundesvorsitzende. Wendt wörtlich: „Wer einen rechtmäßigen Polizeieinsatz als Anschlag auf die Demokratie verunglimpft, hat unsere Demokratie nicht verstanden. Eine Frau mit einem derart verantwortungslosen Verhalten hat an der Spitze einer Partei nichts zu suchen.“



Nun ist es eine Sache, die Geschehnisse sowie den politischen Nachhall des Castor-Transportes aus der Sicht eines Polizeibeamten und -gewerkschafters zu schildern. Eine durchaus interessante Variante kann auch sein, das mediale Echo zu verfolgen.

Während der geneigte Leser von Printmedien und Konsument von Rundfunk- sowie Fernsehberichterstattung gelegentlich zur Kenntnis nehmen muss, dass Journalisten im Zusammenhang mit dem Thema „Polizei“ (besonders bei Großeinsatzlagen wie in Gorleben) zuweilen zu sehr kritischer, manchmal einseitiger Sichtweise neigen, fiel dem Landesvorstand der DPoIG positiv der Kommentar eines Journalisten der renommierten „Süddeutschen Zeitung“ auf, der am 29. November 2011 erschienen ist. Er ist auffallend differenziert und sachlich geschrieben. Die Redaktion möchte den Lesern des „Polizeispiegel“ den Kommentar (Titel: „Die Prügelknaben“) des Journalisten Joachim Käppner empfehlen und druckt ihn daher nachfolgend mit freundlicher Genehmigung der „SZ“ ab.

*Thomas Nommensen*

## Die Prügelknaben

**Polizisten haben es nicht verdient, als generell gewalttätig zu gelten – man sollte sie besser bezahlen**

Glaukt man der Grünen-Chefin Claudia Roth, lebt der deutsche Staatsbürger als Demonstrant so gefährlich wie, sagen wir, seine Brüder in Weißrussland. Er muss befürchten, von verrohten Polizisten windelweich geprügelt zu werden. Das Vorgehen der Uniformierten zu Beginn des jüngsten Castor-Transportes sei „ein Anschlag auf die Demokratie“ gewesen, behauptet Frau Roth.

Dergleichen ruft man auf Parteitag, um sich im Beifall zu sonnen und einen Moment lang zu vergessen, dass die Demo an der Startbahn West oder in Brokdorf lange her und die Verbürgerlichung der Grünen sehr weit fortgeschritten ist. Oder wenn man der Meinung ist, der Demokratie sei durch Gleisbesetzungen und Sitzblockaden ein guter Dienst erwiesen – freilich nur dann, wenn es um die eigenen Wünsche geht. Würden Bürger Straßen versperren, um die Errichtung eines Asylbewerberheims oder einer sozialtherapeutischen Anstalt zu verhindern, dürfte man gespannt sein, welche Superlative der Empörung dieselbe Politikerin finden würde. Vor allem aber ist es dummes Zeug.

Der Anschlags-Vorwurf wird nicht klüger dadurch, dass Vertreter der Polizei auf gleichem Niveau zurückkeilen und jeden Übergriff der Einsatzkräfte während der Castor-Keilereien bestreiten, als liege dergleichen außerhalb des dem menschlichen Gehirn Vorstellbaren. Das ist aber leider nicht so. Unbestreitbar gibt es prügelnde Beamte und eine geringe Neigung des Apparats, die Vorfälle aufzuklären. Aber es handelt sich um Ausnahmen. Insgesamt ist die Gewalt durch Polizisten eher zurückgegangen, man denke nur an die Prügelorgien von Wackersdorf in den achtziger Jahren.

Generelle Brutalität ist nicht das Problem der deutschen Polizei. Ihre latente Überforderung ist es umso mehr. Es fehlen Tausende Stellen, gleichzeitig soll sie immer neue Aufgaben wahrnehmen und die bestehenden möglichst gleichzeitig erledigen, vom

flächendeckenden Schutz der Castoren über Präsenz bei Fußballspielen selbst der dritten oder vierten Liga bis zum Aufgreifen von Schulschwänzern. Und der Beruf wird nicht attraktiver. Wie alle Beamten haben Polizisten durch die Streichung von Sonderzahlungen und Zulagen massive Einbußen erlitten, und das bei einem schlecht bezahlten Job. Gerichte müssen die Dienstherrn dazu zwingen, die endlosen „Bereitstellungszeiten“, in denen die Beamten auf den Einsatz warten, voll zu vergüten, so als hockten diese zu ihrem Privatvergnügen tagelang auf Habacht-Position entlang der Castor-Route. Sparmaßnahmen zu Lasten der Polizei werden übrigens von jeher als Reform verkleidet und als bürgernah ausgegeben, etwa wenn ein Bundesland kleine Wachen auf den Dörfern schließt. Fehlt noch das Schild am verlassenen Polizeiviertel: „Wir sind für Sie nicht mehr hier.“

Und dann ist da noch die sinkende Akzeptanz für die Arbeit der Polizei. Man muss nicht gleich, wie die Gewerkschaften, Sondergesetze für Widerstand gegen die Polizei fordern. Das bestehende Recht genügt. Es würde schon viel ändern, wenn sich weniger Menschen und Gesellschaftsgruppen als politische Ego-Shooter aufführen würden. Sie fordern für sich ein kleineres oder größeres Stück rechtsfreien Raums ein, auf dem sie die Polizei nicht zu behelligen haben. Da unterscheidet sich die Stuttgarter Mittfünfzigerin, die das Böse in Form eines neuen Bahnhofs durch Sitzblockaden abwenden wollte und dann über den Polizei-Einsatz lamentiert, wenig vom Fußballclub, der so tut, als sei eigentlich die Ordnungsmacht Schuld an der Randalie seiner Hardcore-Fans.

Polizisten, welche die Castor-Strecke freiräumen müssen, setzen nicht nur eine verfehlt Atompolitik, sondern auch das Gesetz und damit den Rechtsstaat durch. Es steht ihnen nicht frei, dies bei Anliegen zu unterlassen, die Frau Roth oder die Wutbürger oder wer auch immer für edel und gut halten.

Quelle: Süddeutsche Zeitung v. 29.11.2011, Autor: Joachim Käppner

## Kreisverbände Steinburg & Dithmarschen

### Silvester-Aktion in Steinburg/Dithmarschen

Für die diensthabenden Kollegen und Kolleginnen haben sich die Vorstände der beiden DPoIG-Kreisverbände Steinburg und Dithmarschen für dieses Jahr etwas Besonderes ausgedacht:

Um sich für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit einmal bei denen zu bedanken, die täglich „auf der Straße“ ihren harten Dienst versehen, überbrachten die Vorsitzenden ihnen in der Sil-

vesternacht einmal ein Präsent der anderen Art:

Um sich zwischen den Einsätzen mit den nötigen Kalorien auffüllen zu können, versorgten die Verbandsvorsitzenden Hauke Hanßen in Dithmarschen und Frank Hesse im Steinburger Bereich die Schichten mit Präsentkörben mit den verschiedensten Knabber- und Leckereien.

Da sie in dieser Nacht beide selbst zum Nachtdienst eingeteilt waren, konnten die verschiedenen Dienststellen im

„Rahmen der Streife“ aufgesucht und die Körbe übergeben werden, was unter den Kollegen und Kolleginnen durchweg sehr gut ankam. Mit einer solchen Geste hatte kaum jemand gerechnet.

Wir wünschen allen Kollegen und Kolleginnen für das Jahr 2012 alles Gute sowie private und berufliche Zufriedenheit!

*Frank Hesse, KV Steinburg*

*Hauke Hanßen, KV Dithmarschen*

